

Ex und Hopp!

Was erwartet uns?

Anja Schmidt z. B., 25 Jahre, Fleischereifachverkäuferin, 1000 € Nettolohn, wird zum 31. Januar 2004 von ihrem Kaufhaus entlassen. Sie erhält ein Arbeitslosengeld von 610 €. ⁽¹⁾ Das Arbeitsamt (jetzt- Job-Center) steckt sie nach einem Monat in eine Leiharbeitsfirma, umgetauft in **PSA (PersonalServiceAgentur)**. Die PSA wird von Randstad betrieben.

Die PSA verleiht sie sofort an ein anderes Kaufhaus. Sechs Wochen muss sie zur Probe für ihr Arbeitslosengeld arbeiten. Danach macht sie ihre alte Arbeit in der neuen Firma für 800 €, also für 20% weniger. Diesen Tarif hat ver.di mit Randstad vereinbart. ⁽²⁾ Da ihre Warmmiete 400 € beträgt, bleiben ihr zum süßen Leben noch 400 € mtl.. Sie liegt jetzt unter dem Sozialhilfebedarf. ^(2a)

Anja Schmidt ist empört. Doch das JobCenter droht ihr mit 12 Wochen Sperrzeit, wenn sie die Leiharbeit nicht annimmt.

Die Regierung tröstet sie: " *Wer nur seine Ansprüche pflegt, der hat noch nicht verstanden.*" ⁽³⁾



⁽¹⁾ durchschnittliches Arbeitslosengeld einer unverheirateten Frau im Jahre 2001 in Deutschland ⁽²⁾ Gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommt Anja Schmidt nur dann, wenn kein Tarifvertrag mit der Leiharbeitsfirma abgeschlossen wurde. So das am 16.11. 2002 beschlossene Gesetz. ^(2a) Bedarf z.B. in Hessen: 294 € Regelsatz + 400 € Warmmiete = 694 € ; bereinigtes Einkommen: 800 € Nettolohn – 147 € Freibetrag für Erwerbstätige - Fahrtkosten - Arbeitsmittel ⁽³⁾ Regierungserklärung FR 30.10.2002, 14

Lohnsenkungen im Interesse aller?

* Schröder und Fischer erklären, dass von den Hartz-Plänen *"alle profitieren"*.⁽⁴⁾

Angeblich "profitiert" Anja Schmidt, wenn sie für weniger Lohn arbeiten muss.

Angeblich "profitieren" ihre Kolleginnen, wenn sie durch billigere Leihkräfte ersetzt werden.

Tatsächlich profitiert nur das Kaufhaus, weil es Arbeitskräfte *"zu günstigen Bedingungen"*⁽⁵⁾ zugeführt bekommt.

* Schröder und Fischer setzen mit den Hartz-Plänen den *"Anspruch auf Sicherheit"* um.

Anja Schmidt hat nicht einmal mehr die Sicherheit, immer ihre Miete bezahlen zu können.

Ihre Kolleginnen haben weniger Sicherheit, ihren Arbeitsplatz zu behalten.

Das Kaufhaus dagegen senkt mit Sicherheit die Lohnkosten und steigert seine Profite.

* Schröder und Fischer nennen Arbeit für weniger Lohn einen *"gerechten Zugang zum Arbeitsmarkt"*.⁽⁶⁾ Sie halten ungleichen Lohn für gleiche Arbeit für gerecht.

Massiver Ausbau der Leiharbeit - "Herzstück" der Hartzpläne⁽⁷⁾

Die Hartz-Kommission möchte die Zahl der Leiharbeiterinnen um 800.000 erhöhen.

Das würde Hunderttausende Beschäftigte verdrängen, die zu den üblichen Tarifen arbeiten.

Der DGB - Bundesvorstand begrüßt die Hartz-Pläne.

Vorteile für die Entleihbetriebe: * Sie können Leiharbeiterinnen jederzeit "kündigen".

* Sie zahlen nur für die tatsächliche Arbeitszeit. Leiharbeiterinnen sind selbst dann insgesamt billiger, wenn sie den gleichen Lohn bekommen.

Der Ausbau der Leiharbeit dient angeblich dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Leiharbeit schafft aber keine neuen Arbeitsplätze. Sie erhöht nur die Profite der

Unternehmen. Und es ist gerade dieses Streben nach Profit, das Arbeitslosigkeit letztlich erst erzeugt. Mit mehr Profit die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu wollen, ist genauso sinnvoll, wie mit mehr Alkohol den Alkoholismus zu bekämpfen.

Von 1991 bis 2001 sind die Profite der Kapitalgesellschaften um 100 Mrd. € gestiegen.

Die Zahl der LeiharbeiterInnen hat sich auf 360.000 verdreifacht.

Aber die Arbeitslosigkeit hat um 1,2 Millionen zugenommen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Keine Billigtarife!

Reduzierung statt Ausbau der Leiharbeit!

30 Stundenwoche

bei vollem Lohn- und Personalausgleich!

(Nur Arbeitszeitverkürzung bringt mehr Arbeitsplätze, Leiharbeit nicht.)

Die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten, nicht zwischen den Völkern.



Kopieren, Nachdrucken und Flugblätter kostenlos bestellen ist erwünscht
V.i.S.d.P.: Rainer Roth, Berger Str. 195, 60385 Frankfurt, Tel. 069/ 45 38 32
Infos über www.klartext-info.de; E-Mail: Info@klartext-info.de

⁽⁴⁾ Koalitionsvereinbarung nach FR 17.10.2002, ⁽⁵⁾ Hartz-Bericht, 148 ⁽⁶⁾ FR 17.10.2002 ⁽⁷⁾ Hartz-Bericht, 148